

LE BUDGET DES REVENUS
ET DES DÉPENSES DE L'ÉTAT
2009

Plädoyer für gesunde Staatsfinanzen

Christian Muller

Die Handelskammer ist eine von mehreren Luxemburger Berufskammern. Ihre Mission ist die Verteidigung der Interessen der gesamten Wirtschaft. Sie hat eine Themenliste mit 20 Punkten erarbeitet, über die das Tageblatt Punkt für Punkt mit Carlo Thelen, Chef-Volkswirt der Handelskammer, diskutiert. Heute geht es um die Staatsfinanzen.

„Um richtig Politik machen zu können, benötigt ein Land gesunde Staatsfinanzen“, sagt Carlo Thelen. Nur Länder mit einem finanziellen Spielraum können Mittel einsetzen, um neue Entwicklungen zu fördern. Zudem seien gesunde Staatsfinanzen die beste Vorbereitung auf wirtschaftlich schlechte Zeiten. Das habe der Fall Luxemburg in der aktuellen Krise deutlich gezeigt.

„Und die nächste Krise kommt bestimmt“, so der Chefvolkswirt der Handelskammer. Da sei es nicht ratsam, die Staatsschulden ansteigen zu lassen, und sich so zusätzliche Lasten aufzubürden.

Schließlich habe das Land – mit seinem Rentensystem – bereits eine große finanzielle Last zu tragen.

Für die Handelskammer ist die Lösung klar. „Wir müssen anfangen, strikter zu sparen“, so Carlo Thelen. „Und das ab sofort, im Budget des Jahres 2009.“ Zumindest sollten die im Budget vorgesehenen Ausgabenposten nicht überschritten werden. „Ab sofort müssen wir das Budget strikt einhalten.“ In den darauf folgenden Jahren müsste dann richtig gespart werden.

In einer Prognose, die von internen Experten der Staatsverwaltung erstellt wurde, „wurde errechnet, dass wir bis 2014 in keinem Jahr die Maastricht-Kriterien beim Haushaltsdefizit einhalten werden.“ „Krisenbedingt brechen die Einnahmen ein – und die Ausgaben steigen.“ In den Jahren 2011 und 2012 werde das Haushaltsdefizit sogar bei 5,5 und 4,8 Prozent liegen, so die Prognose. Die Handelskammer hingegen, unterstreicht der Volkswirt, fordere die Einhaltung der Maastricht-Kriterien. Laut Prognose soll die Staatsverschuldung von acht Prozent des Bruttosozialproduk-

tes letztes Jahr auf fast 40 Prozent in 2014. „Was wird da alleine die Bedienung der Zinsen kosten?“

Allein das Kürzen der Anfangsgehälter beim Staat reiche nicht aus. Während es zwar langfristig relativ viel bringen könne, so handle es sich kurzfristig betrachtet jedoch um eine relativ kleine Summe. Freuen würde sich die Kammer über eine Begleiterschei- nung der Initiative. „Es wäre nicht mehr so attraktiv, sich im Privatsektor ausbilden zu lassen und dann zum Staat überzulaufen“, meint Carlo Thelen. „Das muss aufhören, das ist unlauterer Wettbewerb.“

Deutlich mehr Geld verschenke der Staat an seine verheirateten Mitarbeiter: Sobald ein Staatsbeamter heiratet, erhält er vom Staat eine monatliche Prämie von rund 500 Euro. Die Prämie steht jedoch nur einem von beiden Partnern zu. Mache man jetzt die Hypothese, dass jeder zweite der 24.000 Luxemburger Beamten diese Prämie erhält, so komme man jährlich auf eine Summe von 70 Millionen Euro. „Das ist sehr viel Geld“, so Thelen. „Können wir uns das noch leisten?“

Zudem solle man sich auch beim Staat Gedanken machen über ein „Gehalt nach Leistung“, so der Vertreter der Handelskammer. Es müsse sich ja nicht um einen großen Prozentanteil des Gehalts handeln, aber „auch ein Staatsbeamter soll am Ende des Jahres vorweisen können, dass er etwas geleistet hat.“ Zudem sei es nicht fair, wenn zwei Personen im gleichen Büro sitzen, einer arbeitet viel und der andere weniger – und beide doch das gleiche Gehalt erhalten. „Der Staat soll sich an den guten Beispielen im Privatsektor inspirieren.“ So könnten etwa jährliche Gehaltserhöhungen an das Erreichen von gewissen quantifizierbaren Zielen geknüpft werden, und nicht an „Jahre der Betriebszugehörigkeit“.

Eine Umsetzung der von der Handelskammer gewünschten Verwaltungsvereinfachung würde ebenfalls einen Betrag zur Kostensenkung beitragen, erinnert Thelen. Zudem sollten die Gemeinden in die Spar-Anstrengungen eingebunden werden. „Werden Bauprojekte wirklich benötigt? Wie hoch soll der Beitrag des Zentralstaates am Bau von Kulturzentren sein?“ Die Politik der Fusionen sei bereits ein Schritt in die richtige Richtung. Zusätzlich zu solchen Kostenkorrekturen wünscht sich die Kammer eine allgemeine Überarbeitung des Gesetzes zum Staatshaushalt.

„Die Verschuldung des Staates soll von acht Prozent des BIP auf fast 40 Prozent steigen. Was wird da alleine die Bedienung der Zinsen kosten?“

Carlo Thelen

INTERNET

Wenn Sie bereits erschienene Artikel aus dieser Serie noch einmal nachlesen wollen, dann finden Sie sie unter: <http://eco.editpress.lu/>